

Mit Schrott gehandelt und Hartz IV kassiert

Sozialleistungsempfänger schädigten die Arge

REGION. Sie sammelten Schrott und waren dank enorm hoher Rohstoffpreise gut im Geschäft. Doch die Einnahmen gaben die Hartz-IV-Empfänger aus der Region Andernach-Mayen nicht bei der fürs Arbeitslosengeld II zuständigen Arge Mayen-Koblenz an. Als die Täuschung auffiel, hatte die Arge nach eigenen Berechnungen mindestens 78 000 Euro zu viel ausgezahlt. Nun fordert sie das Geld zurück, berichtet die Arge.

Der entscheidende Hinweis kam von der Polizei. Der war bei einer Verkehrskontrolle ein Schrottsammler aufgefallen, der auf die Frage nach seinem Arbeitgeber freimütig angab, dass er von Hartz-IV-Leistungen lebt. Tatsächlich ergab eine Prüfung, dass der Mann zwar Einnahmen aus seinem Schrotthandel angegeben hatte. Diese waren allerdings stets so niedrig, dass er nicht mit einer Kürzung der Unterstützung rechnen musste, teilt die Arge mit. "Manchmal waren die Fahrtkosten sogar höher als die vermeintlichen Gewinne", berichtet Ulrich Fassbender. Als er sich in der Branche umhörte, stellte der Arge-Teamleiter fest, dass die Schrottpreise auf einem absoluten Höchststand waren.

Der Rest war Fleißarbeit: Mitarbeiter fragten bei den Aufkäufern in der Region nach, und die hatten für ihre eigene Buchhaltung genau festgehalten, wem sie wann welche Summen ausgezahlt hatten. Dabei wurde bald klar, dass das Sammeln von Schrott eine lukrative Nebenbeschäftigung ist. Bislang hat die Arge einen weit verzweigten "Clan" und drei von ihm unabhängig agierende Familien aus der Region ausgemacht, die zum Teil deutlich mehr als die angegebenen Summen einstrichen.

"Da sind bei dem einen oder anderen schon mal mehrere Tausend Euro im Monat zusammengekommen. Und wir wissen nicht mal, ob wir tatsächlich alle infrage kommenden Aufkäufer berücksichtigt haben", sagt Fassbender. Jetzt werde sich auch die Staatsanwaltschaft mit den Fällen befassen, teilt die Arge Mayen-Koblenz weiter mit.